

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

332

Wien, am 14. November 1933.

## Der Voranschlag der Gemeinde Wien für 1934.

In einer Pressekonferenz machte heute Stadtrat Dr. Danneberg Mitteilungen über den Gemeindefinanzhaushalt, dessen Voranschlag für das Jahr 1934 soeben - einige Tage vor dem in der Gemeindeverfassung bestimmten Termin - den Mitgliedern des Gemeinderates übergeben worden ist. Der Voranschlag ist, damit ein klares Bild gewonnen werden kann, so aufgestellt, dass zunächst die Wirkungen der Verordnungen der Bundesregierung unberücksichtigt bleiben, da die Gemeinde alle sechs in Betracht kommenden Verordnungen beim Verfassungsgerichtshof angefochten hat und die Entscheidung noch aussteht. Der so erstellte Voranschlag sieht, nach Abzug der nur rechnungsmässig auf der Einnahmen- und auf der Ausgabenseite erscheinende Beträge von zusammen 18'8 Millionen Schilling, Einnahmen von 316'11 Millionen Schilling und Ausgaben von 339'98 Millionen Schilling vor. In diesem Voranschlag sind die Personalausgaben gemäss dem Gemeinderatsbeschluss vom 24. Juli 1933 eingesetzt, also unter Berücksichtigung der Streichung der Sonderzahlungen sowie der Herabsetzung der Pensionen auf 85 Prozent, jedoch ohne Rücksicht auf den derzeitigen Abzug von 4'2 Prozent der laufenden Bezüge, da dieser Abzug am 31. Dezember 1933 endet. In diesem Voranschlag sind die Ausgaben für den Wohnhausbau mit der vollen Summe der Eingänge an Wohnbausteuer enthalten, die Steuereingänge ebenfalls ohne Berücksichtigung der Verminderungen, die durch Verordnungen der Bundesregierung entstanden sind. Die Ertragsanteile an den Bundessteuern sind mit dem Betrage eingesetzt, den die Gemeinde bekäme, wenn die Gewährleistungsklausel noch bestünde. Die neuen Kosten, die der Gemeinde Wien für die Bundeskrankenanstalten auferlegt worden sind, figurieren mit 9 Millionen Schilling unter den Ausgaben, da sich die Gemeinde durch ein Landesgesetz selbst zu deren Zahlung verpflichtet hat. Der Voranschlag der Gemeinde, wie er sich also unter den Einwirkungen der Wirtschaftskrise, aber ohne Rücksicht auf die beim Verfassungsgerichtshof angefochtenen Verfügungen der Bundesregierung ergibt, weist somit einen Abgang von 23'86 Millionen Schilling aus, also 7 Prozent des Gesamterfordernisses. Seine Deckung wäre ohne neue Steuerbelastung durch Verkleinerung der für neue Wohnhausbauten im Voranschlag vorgesehenen Summe von 28'16 Millionen Schilling und Ersparungen beim Personalaufwand möglich, zumal die Weitergeltung der jetzigen Abzüge von 4'2 Prozent allein rund 6 Millionen Schilling jährlich bedeuten würde.

Die Verordnungen der Bundesregierung verändern jedoch das Bild vollständig. Die Aufhebung der Gewährleistungsklausel verringert die Abgabenertragsanteile um 37'3 Millionen Schilling. Die Streichung der Lustbarkeitsabgabe für die Bundestheater und die Ravag bringt eine Verminderung von einer Million Schilling. Die Aufhebung der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe bringt, da die Besteuerung der Nachtlokale bloss eine Einnahme von 400.000 Schilling erwarten lässt, einen Verlust von 5'6 Millionen Schilling. Die Uebernahme der Einhebung der Bundessteuern durch den Bund, ohne Uebernahme der mit dieser Aufgabe betraut gewesenen Beamten, bringt der Gemeinde einen Verlust von 4'6 Millionen Schilling. Der für zwei Jahre der Gemeinde auferlegte Lastenausgleich legt ihr für das Jahr 1934 eine Zahlungsverpflichtung im Betrage von 36 Millionen Schilling auf. Durch alle diese Massnahmen erhöht sich der Abgang auf 108'37 Millionen Schilling.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am .....

Die Deckung dieses grossen Abganges soll durch folgende Massnahmen geschahen: Es sollen im Jahre 1934 nur die im Bau begriffenen Wohnungen, etwa 3.000 an der Zahl, fertig gestellt werden und keine Neubauten begonnen werden. Dadurch wird ein Betrag von 28'16 Millionen Schilling zur Deckung des Defizites frei. Die Angleichung der Aktiv- und Pensionsbezüge der städtischen Angestellten an die der Bundesangestellten sowie Ersparungsmassnahmen durch Fortführung der Abbauaktion machen 20 Millionen Schilling frei. Zu diesen Ersparungen von insgesamt 48'16 Millionen Schilling, die neben den sehr weitgehenden Ersparungen, die schon im normalen Budget enthalten sind, durchgeführt werden, tritt als Mehreinnahme die Abfuhr der städtischen Elektrizitätswerke und Gaswerke aus ihren Tarifierhöhungen, aus der Nichtverwendung eines Teiles der Abschreibungen für Investitionszwecke und Betriebsersparnissen verschiedener Art im Betrage von 25 Millionen Schilling; das ist immer noch weniger, als Gaswerke, Elektrizitätswerke und Strassenbahnen im Jahre 1913 an die Gemeinde abgeführt haben. Der unbedeckte Rest von 35'21 Millionen Schilling, der fast ebenso gross ist wie die Zahlungen der Gemeinde aus dem Lastenausgleich an den Bund, bleibt unbedeckt und stellt das eigentliche Defizit dar. Dafür sieht der Finanzreferent die Deckung durch eine Kreditoperation vor, da es sich laut dem Text der Notverordnung <sup>über den Lastenbeitrag</sup> um eine auf zwei Jahre begrenzte Leistung handelt, für deren Bedeckung im normalen Budget nur durch grosse neue Steuern oder durch eine Herabdrückung der Leistungen der Wohlfahrtspflege um mehr als ein Drittel vorgesorgt werden könnte. Aus der Sachlage ergibt sich, dass Steuerherabsetzungen auf Grund von Verhandlungen, die die Bundesregierung wünscht, das Defizit bedenklich vergrössern müssten, es wäre dann, dass für den neuen Einnahmenentgang der Gemeinde sofortiger Ersatz durch Eröffnung anderer Einnahmequellen oder durch eine Entlastung geboten würde.

Rechnet man die Summe der Einnahmen und der Ausgaben unter Berücksichtigung der Auswirkung der Notverordnungen und der vorgeschlagenen Bedeckung - mit Ausnahme des Lastenausgleiches von 36 Millionen Schilling - zusammen, so ergibt sich ein Gesamterfordernis von 291'82 Millionen Schilling und eine Einnahmensumme von 292'61 Millionen Schilling. Der Vorschlag der Gemeinde ist also, von dem Lastenausgleich abgesehen, ausbalanciert. Es ist dem Finanzreferenten gelungen, mit Anwendung strengster Sparmassnahmen, die freilich auch ihre wirtschaftlichen Nachteile haben, die Ausgaben auf das Niveau wesentlich gesunkener Einnahmen herabzudrücken.

Gegenüber dem Höchststand an Jahreseinnahmen (1929) im Betrage von 455'72 Millionen Schilling und den Einnahmen des Jahres 1932 im Betrage von 346'97 Millionen Schilling ist eine Verringerung um 35'7 Prozent, beziehungsweise 15'6 Prozent erfolgt. Das Gleiche gilt für die Ausgaben.

Die Steuereinnahmen der Gemeinde aus ihren eigenen Abgaben und den Zuschlägen zu den Bundessteuern sind, wenn der Abfall bei der Lustbarkeitsabgabe und der Nahrungs- und Genussmittelabgabe durch die Bundesverfügung <sup>en</sup> berücksichtigt wird, mit 126'97 Millionen Schilling präliminiert. Sie betragen noch im Jahre 1932 172'61 Millionen Schilling und hatten ihren Höchststand im Jahre 1929 mit 210'51 Millionen Schilling. Während die Bundesabgaben durch Steuererhöhungen und Einführung neuer Steuern seit dem Jahre 1929 auf fast gleicher Höhe bleiben, hat die Gemeinde einen grossen Rückbildungsprozess durch die Wirtschaftskrise mitgemacht, der durch die neue Gewinnabfuhr der städtischen Monopolbetriebe im Betrage von 25 Millionen Schilling auch nicht annähernd wettgemacht wird. Die Einnahmen aus den Gemeindeabgaben bleiben hinter der Summe zurück, die im Jahre 1924 mit

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am .....

141'8 Millionen Schilling erreicht wurde, und überschreiten sie auch bei Einbeziehung der Abfuhr der Gas- und Elektrizitätswerke nur wenig.

Im einzelnen ist bemerkenswert, dass die Fürsorgeabgabe an die zweite Stelle gerückt ist. Sie ist nur mehr mit 42 Millionen Schilling veranschlagt, während die Wohnbausteuer einen Betrag von 43'5 Millionen Schilling liefern soll. An dritter Stelle steht die Lustbarkeitsabgabe mit 9 Millionen Schilling, deren grössere Hälfte aus der Besteuerung der Kinos fließt. Die Wertzuwachsabgabe ist auf 5 Millionen Schilling veranschlagt. Als Einnahme aus der Biersteuer ist nur ein Betrag von 3'6 Millionen Schilling vorgesehen. Die zusätzliche Biersteuer wird 2'28 Millionen Schilling einbringen, während die Gemeinde Wien auf Grund des Abgabenteilungsgesetzes den anderen Ländern einen garantierten Betrag von 6'5 Millionen Schilling aus dieser Steuer abliefern muss. Sie zahlt also 4'22 Millionen Schilling infolge der Garantie darauf, die weiterbesteht, während der Bund sich seiner Garantieverpflichtungen gegenüber den Ländern entledigt hat.

Die Ertragsanteile des Bundes sind mit Berücksichtigung der Streichung der Garantieklausel mit 52'19 Millionen Schilling veranschlagt. Rechnet man davon noch die 36 Millionen Schilling ab, die sich der Bund für den Lastenausgleich zurückbehält, so sind die Steueranteile, die Wien als Land und als Gemeinde vom Bund bekommt, auf 16'19 Millionen Schilling zusammenschmelzen, machen also nicht einmal mehr 10 Schilling auf den Kopf der Bevölkerung aus, so viel, wie neben der Landesquote die kleinsten Dörfer auf Grund der Abgabenteilung erhalten. Gegenüber den 140'1 Millionen Schilling, die Wien noch im Jahre 1929 erhalten hat, und selbst gegenüber den 92'4 Millionen Schilling, die es im Jahre 1931 schon unter den Wirkungen des letzten Abgabenteilungsgesetzes und der Wirtschaftskrise bekommen hat, ist das ein ungeheurer Rückgang, der um so schwerer ins Gewicht fällt, als der Gemeinde zugleich die Regulierung ihrer eigenen Einnahmen verwehrt wird. Dabei stecken in den 16'19 Millionen Schilling 6'87 Millionen Schilling als Ersatz für die frühere Wiener Kraftwagenabgabe. Der Anteil Wiens an den Ertragsanteilen bleibt hinter der Summe zurück, die Wien im ersten Jahr nach der Inflation erhalten hat (1923 : 60'3 Millionen Schilling). Unter solchen Umständen ist es für die Gemeinde ein grosses Glück, dass ihr eigener Schuldendienst, der in anderen Städten ein Viertel der Einnahmen verschlingt, dank der Finanzpolitik der Gemeinde das Budget nur geringfügig belastet. Er erfordert eine Nettoausgabe von nur 1'34 Millionen Schilling.

Die Gemeinde ist vor allem bemüht, trotz der stark gesunkenen Einnahmen ihre Wohlfahrtspflege aufrecht zu erhalten. Die Ausgaben für das Wohlfahrtswesen stehen im Vordergrund, sie machen ungefähr 30 Prozent der gesamten Ausgaben der Gemeinde aus. Auch der absoluten Höhe nach sind die Ausgaben auf diesem Gebiete trotz der starken Schrumpfung des Budgets nicht zurückgegangen, sondern im Gegenteil noch gestiegen. Für das Jahr 1933 war eine Gesamtausgabe von 106,735.000 Schilling und eine Nettoausgabe von 91,083.000 Schilling vorgesehen. Für 1934 rechnet man mit einer Gesamtausgabe von 109,584.000 Schilling und einer Nettoausgabe von 95,141.000 Schilling. Die Mehrausgabe auf dem Gebiete des Wohlfahrtswesens beträgt somit über 4 Millionen Schilling. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass die Mehraufwendungen für Fürsorgezwecke tatsächlich noch um jenen Betrag grösser sind, der durch die Verringerung der Personalkosten gegenüber dem Jahre 1933 erspart und für andere Zwecke innerhalb des Fürsorgebudgets frei wird. Hierin zeigt sich, dass die Gemeinde trotz ihrer bedrängten Finanzlage nach allen Kräften bemüht ist, dem durch die Andauer der Wirtschaftskrise ständig

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am .....

wachsenden Kreis der fürsorgebedürftigen Bevölkerung Hilfe zu leisten.

Die Erwachsenenfürsorge verursacht Ausgaben von mehr als 30 Millionen Schilling, die Fürsorge für Kinder und Jugendliche kostet 18'17 Millionen Schilling. Aus der Fülle dieser Ausgaben seien folgende Einzelheiten besonders hervorgehoben:

Der Aufwand der Erhaltungsbeiträge an Erwachsene ist mit 14'5 Millionen Schilling um eine halbe Million grösser als im Jahre 1933. Daneben sind noch an Geld- und Sachaushilfen insgesamt 3,115.000 Schilling vorgesehen. Die Ausgaben für die Versorgungshäuser sind mit 9,767.000 Schilling, die Ausgaben für das Obdachlosenheim mit 945.000 Schilling veranschlagt. Für Verpflegskosten in fremden Fürsorgeanstalten sind Ausgaben von 440.000 Schilling vorgesehen.

In der Kinder- und Jugendfürsorge wird mit einem Aufwand von 7,500.000 Schilling für Pflegegelder und Pflegebeiträge gerechnet, das ist um eine halbe Million mehr als im Jahre 1933. Ausserdem werden für Geld- und Sachaushilfen 760.000 Schilling in Anspruch genommen werden. Die Mutterberatungsstellen werden 286.000 Schilling erfordern, die Kindergärten und Horten mit der Ausspeisung bedürftiger Kinder 4,674.000 Schilling, die Säuglingswäsche für Neugeborene 340.000 Schilling. Die Jugendfürsorgeanstalten der Gemeinde beanspruchen einen Aufwand von 3,609.000 Schilling. Ausserdem erfordert die Unterbringung und Verpflegung von Kindern in fremden Fürsorgeanstalten einen Betrag von 1,618.000 Schilling. 47.000 Schilling davon entfallen auf die Lehrlingsfürsorge. Der Beitrag an das Wiener Jugendhilfswerk beträgt wie alljährlich 200.000 Schilling, ebenso soll die Aktion "Lehrlinge aufs Land" mit dem unveränderten Betrag von 50.000 Schilling unterstützt werden. Zur Förderung der Aktion "Jugend an Werk" sind 100.000 Schilling in Aussicht genommen, als Zuschuss für "Jugend in Arbeit" für Leistungen im freiwilligen Arbeitsdienst 200.000 Schilling.

Das Gesundheitswesen erfordert Ausgaben von 35'06 Millionen Schilling. Auch hier gehen die Ansätze teilweise über die für das Jahr 1933 veranschlagten Aufwendungen hinaus. So wird für Arzneien-, Bandagisten- und Optikerwaren, die an Arme abgegeben werden, mit einem Erfordernis von 540.000 Schilling gerechnet, das ist um 70.000 Schilling mehr als im Jahre 1933. Die Ausgaben für die Krankenanstalten der Gemeinde belaufen sich auf 6,052.000 Schilling, denen bloss 2,625.000 Schilling Einnahmen gegenüberstehen. Die Anstalten für Geisteskranke erfordern einen Aufwand von 8,787.000 Schilling, während die Einnahmen bloss 1,783.000 Schilling ausmachen. Für die Tuberkuloseheilstätten sollen 1,407.000 Schilling aufgewendet werden, von denen nur 128.000 Schilling wieder zurückfliessen. Daneben sind für die Verpflegung von Wienern in Krankenanstalten, Irrenanstalten und Tuberkuloseheilstätten, die nicht der Gemeinde gehören, weitere 9'7 Millionen Schilling vorgesehen. Die bedeutende Steigerung dieser Ausgabenpost gegenüber dem Jahre 1933 ist auf die Neuregelung der Krankenanstaltenfrage durch das Wiener Landesgesetz vom 14. Juli 1933 zurückzuführen. Aus demselben Titel ist im Voranschlag noch ein Betrag von 3 Millionen Schilling für Nachtragszahlungen von Verpflegskosten eingesetzt. Selbstverständlich werden die verschiedenen Beratungsstellen der Gemeinde (für Tuberkulose, für Geschlechtskranke, für Nerven- und Gemütskranke, für Trinker, für Geschwulstkranke etc.) weitergeführt. Für die Förderung des Sportes sind 82.000 Schilling veranschlagt.

Unter den sonstigen Fürsorgemassnahmen ist neben den Beiträgen für das Berufsberatungsamt, für die Hausgehilfinnenheime, den Kosten für die Koch- und Haushaltungsschule <sup>und</sup> eine Frauengewerbeschule vor allem der

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am .....

Aufwand für die Arbeitslosenfürsorge hervorzuheben. Der Beitrag des Landes Wien zu den Kosten der Notstandsauhilfen der Altersfürsorgereuten ist mit 13'5 Millionen Schilling eingesetzt. Der Beitrag zur Kleinrentnerhilfe des Bundes beträgt 1,536.000 Schilling, die Stipendien für Mittel- und Hochschüler erfordern 190.000 Schilling.

Das Schulwesen erfordert 67'79 Millionen Schilling. Das ist ein Fünftel der Gesamtausgaben der Gemeinde. Von dieser Summe entfallen <sup>Zehntel</sup> 9 / auf die Bezüge der aktiven und pensionierten Lehrpersonen. Die Schülerausspeisung erfordert 1'6 Millionen Schilling, der schulärztliche Dienst und die Schulzahnkliniken kosten 413.000 Schilling, für den obligatorischen Schwimmunterricht sind 11.500 Schilling eingesetzt. Die Lernmittel erfordern einen Betrag von 719.000 Schilling. Bemerkenswert ist, dass für Kinder, die das 14. Lebensjahr bereits erreicht haben, eine Ergänzungsklasse vorgesehen ist, die 1100 Kindern die Möglichkeit gibt, in Ermanglung einer Aussicht, einen Beruf zu ergreifen, noch ein Jahr die Schule zu besuchen. Für Instandhaltungsarbeiten an den Schulgebäuden sollen 1,199.000 Schilling ausgegeben werden. Ausserdem wird der Bau der Hauptschule in der Veitingergasse im XIII. Bezirk fortgesetzt. Hiefür sind 572.000 Schilling als zweite Baurate gewidmet.

Wohlfahrtswesen und Schulwesen erfordern zusammen über 50 Prozent der Gesamtausgaben der Gemeinde.

In der Gruppe Wohnungswesen sind für die Fertigstellung von Wohnbauten 8,045.000 Schilling vorgesehen. Ausserdem sind für die Tilgung und Verzinsung von Darlehen für Wohnbauzwecke 2,013.000 Schilling eingesetzt. 100.000 Schilling sind für Adaptierungen zur Gewinnung von Wohnraum gewidmet, 550.000 Schilling für Zuschüsse zu Mietzinsen, die 60 Groschen pro Friedenskrone übersteigen. Die Einnahmen der städtischen Wohnhäuserverwaltung sind mit 11,320.000 Schilling veranschlagt, von denen 8,087.000 Schilling auf die Neubauten entfallen. Die Rücklagen für Instandsetzungen an Wohnhausanlagen betragen 3,345.000 Schilling.

In der Verwaltungsgruppe Technische Angelegenheiten ergibt sich trotz grösster Sparsamkeit infolge unabweislich notwendig gewordenen Arbeiten eine Steigerung der Nettoausgaben gegenüber 1933 um 2'4 Millionen Schilling.

Bei dem Bäderbetrieb sind für den Ausbau der Sommerbäder Hohe Warte und Ottakring sowie <sup>für</sup> verschiedene Anschaffungen in den Sommerbädern, für die Ausgestaltung der Mineralwasserförderung im Theresionbad und die Errichtung eines Ruheraumes im Herrenduschbad des Jörgerbades 47.000 Schilling vorgesehen.

Die Ausgaben für Strassenerhaltung und Strassenbau sind mit insgesamt 8,341.000 Schilling veranschlagt. Gegenüber dem Voranschlag 1933 sind die Aufwendungen für das Strassenwesen um 1'3 Millionen Schilling grösser.

Auch beim Betrieb Brücken- und Wasserbauten mussten die Ansätze zur Bestreitung des unabweislichen Sachaufwandes gegenüber 1933 um fast 200.000 Schilling erhöht werden. Eine Beitragsleistung für den Neubau der Reichsbrücke ist im Voranschlag der Gemeinde nicht enthalten, da diese grosse Ausgabe die Strassenbahnunternehmung trifft.

Beim Wasserleitungsbetrieb sind für die Betriebserfordernisse 2,027.000 Schilling, für die Erhaltungsarbeiten 1,567.000 Schilling und für die weitere Ausgestaltung der Wasserversorgungsanlagen 871.000 Schilling, das ist ungefähr ebensoviel wie im Jahre 1933, vorgesehen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt

Wien, am .....

Auch die Kosten des Betriebes und der laufenden Erhaltung der Kanalisationsanlagen sind mit 1,875.000 Schilling fast gleich hoch angenommen, wie im Voranschlag 1933. Für die weitere Ausgestaltung der Kanäle sind 200.000 Schilling vorgesehen. Im Jahre 1933 konnten hierfür noch 370.000 Schilling präliminiert werden.

Für die Fortsetzung der Elektrifizierung der öffentlichen Beleuchtung sollen 260.000 Schilling ausgegeben werden. Im Jahre 1933 standen für diesen Zweck noch 750.000 Schilling zur Verfügung.

Aus der Verwaltungsgruppe Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten sind folgende Einzelheiten hervorzuheben:

Der Betrieb Märkte und Schlachthöfe rechnet mit einer durch die Wirtschaftslage bedingte Einnahmeverminderung von 8,771.000 Schilling auf 8,180.000 Schilling. Die Betriebsausgaben sind von 7,492.000 Schilling auf 6,860.000 Schilling gesunken. Die bereits in Angriff genommene Ausgestaltung der Grossmarkthalle durch Neuherstellung der Brückenhalle und Fertigstellung der Ladestrasse soll im Jahre 1934 fortgesetzt werden. Hiefür ist ein gesonderter Betrag von 600.000 Schilling im Voranschlag sichergestellt.

Die Lagerhäuser haben nach wie vor unter den geänderten wirtschaftspolitischen Verhältnissen gegenüber der Vorkriegszeit zu leiden. Immerhin wird erwartet, dass die Betriebsergebnisse im Jahre 1934 eine Besserung erfahren. Bei den sachlichen Erfordernissen des Amtsbetriebes, die bereits in den Jahren 1932 und 1933 starken Einschränkungen unterworfen wurden, werden weitere Sparmassnahmen vorgenommen. Während für Kanzleierfordernisse im Jahre 1933 noch 546.000 Schilling, für die Nachschaffung und Ausbesserung der Einrichtungsgegenstände 141.000 Schilling und für die Dienstkraftwagen 80.000 Schilling vorgesehen waren, sind für diese Zwecke im Jahre 1934 nur Beträge von 510.000 Schilling, 82.000 Schilling und 71.000 Schilling eingesetzt.

Für die Erwerbung von Gründen und Liegenschaften ist wie im Jahre 1933 ein Betrag von 1,000.000 Schilling veranschlagt. Da allerdings die Hälfte davon für Verpflichtungen aus den Vorjahren in Anspruch genommen ist, sind tatsächlich bloss 500.000 Schilling für Neuerwerbungen verfügbar.

Auch bei der Verwaltungsgruppe Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten wurde die grösste Sparsamkeit beobachtet.

Die Ausgaben für die Gemeindewache sind mit 745.000 Schilling um nahe zu 100.000 Schilling geringer als im Voranschlag 1933, der eine Ausgabe summe von 842.000 Schilling ausgewiesen hat.

Bei der Feuerwehr sind Ausgaben von 6,670.000 Schilling vorgesehen, darunter fast eine halbe Million für den Betrieb und die Erhaltung des Fahrparks und der Maschinen sowie für die Ausrüstungserhaltung. Trotz der Sparmassnahmen sollen zur Erhöhung der Schlagfertigkeit der Feuerwehr für neue Geräte und Ausrüstungsgegenstände sowie für den Ausbau der Fernsprechanlagen 60.000 Schilling aufgewendet werden. Ein gleich grosser Betrag wird zur Einführung des Gross-Schaumlöschverfahrens, das hauptsächlich bei Benzinbränden angewendet werden soll, bereitgestellt.

Die ungeheure Einschränkung der Mittel macht sich vor allem bei den Investitionen bemerkbar. Sie sind auf 12'5 Millionen Schilling eingeschrumpft, während sie einst mehr als 100 Millionen Schilling betragen haben. Wer der Gemeinde Gold wegnimmt, entzieht damit dem Wiener Arbeitsmarkt Aufträge. Um so wichtiger wird es, dass der Bund die Trefferanleihe,

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII. Blatt

Wien, am.....

die zum grössten Teile auf Wiener Boden aufgebracht wurde, auch zum guten Teile in Wien verwendet. Das ist eine der Forderungen der Gemeinde an den Bund. Arbeitschaffende Ausgaben, die man nicht als Investitionen bezeichnen kann, sind im Voranschlag noch mit dem Betrage von 34,190.000 Schilling vorhanden, sodass immerhin 14 Prozent der Ausgaben unmittelbar dem Arbeitsmarkt zugute kommen.

Die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1934 sind auf Grund der Ergebnisse des laufenden Geschäftjahres und der derzeit geltenden Tarife erstellt. Das Gaswerk rechnet mit einem Gebarungüberschuss von 6,7 Millionen Schilling und beabsichtigt, für Investitionen insgesamt 5,417.000 Schilling auszugeben, die den Abschreibungsbeträgen und Kassenbeständen entnommen werden sollen.

Das Elektrizitätswerk sieht einen Gebarungüberschuss von 10,570.000 Schilling und Investitionsaufwendungen von insgesamt 5,230.000 Schilling vor.

Die städtischen Strassenbahnen, auf deren wirtschaftlichen Erfolg sich die Ungunst der Zeit besonders auswirkt, errechnen für das Jahr 1934 unter Zugrundelegung der bekanntlich kürzlich beschlossenen Tarifmassnahmen eine Einnahme aus der Personenbeförderung von 103,058.200 Schilling gegenüber einer Annahme von 111,418.000 Schilling für 1933, die aber bei weitem nicht erreicht werden wird. Diese Ziffer umfasst die Einnahmen auf der Strassenbahn, Stadtbahn und dem Autobusbetrieb. Die voraussichtlichen Einnahmen aus der Gepäck- und Hundebeförderung werden mit 495.000 Schilling, das ist um 335.000 Schilling mehr als im Jahre 1933 beziffert. Die wirtschaftliche Entwicklung der Wiener städtischen Strassenbahnen darf trotz allem keineswegs als ungünstiger angesehen werden als die anderer europäischer Strassenbahnen. Im Gegenteil wird der Wiener Strassenbahnverkehr stets noch durch die vielfach gewährten Begünstigungen des fahrenden Publikums, zum Beispiel durch Frühfahrtscheine und Hin- und Rückfahrtscheine, Wochen- und billig errechnete Zeitkarten belebt; dies zeigt sich darin, dass die für das Jahr 1934 angenommene Fahrgastzahl von rund 430 Millionen (einschliesslich 35 Millionen Gratisfahrten der Arbeitslosen) noch immer um rund 107 Millionen höher ist als die Fahrgastzahl im Jahre 1913. Für Investitionen, und zwar hauptsächlich für die Erhaltung der Gleis- und Leitungsanlagen und den Umbau der Reichsbrücke haben die Strassenbahnen einen Betrag von 6,173.700 Schilling voranschlagt.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VIII. Blatt

Wien, am.....

Der Gebarungsabgang in der Höhe von 28'8 Millionen Schilling soll durch Ersparungen beim Personalaufwand, Nichtverwendung eines Teiles der Abschreibungen für Investitionen und Erneuerungen und sonstige Einschränkungen der Betriebsausgaben bedeckt werden.

Die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse, die sich auch auf die Brau-Industrie nachhaltig auswirken, lassen das Brauhaus für das Jahr 1934 bloss einen Gebarungsüberschuss von 50.000 Schilling voraussehen, gegenüber 300.000 Schilling für das Jahr 1933. An Investitionen sind einschliesslich der Restzahlungen für das Jahr 1933 60.000 Schilling vorgesehen.

Die städtische Leichenbestattungsunternehmung rechnet mit einem Gebarungsüberschuss von 150.000 Schilling und veranschlagt für Investitionen insgesamt 100.000 Schilling.

Die städtische Ankündigungsunternehmung erwartet sich trotz der Ungunst der Verhältnisse nach Dotierung aller notwendigen Rücklagen einen Gebarungsüberschuss von 80.000 Schilling, wobei sie ihre Annahmen auf die wirtschaftliche Bedeutung des Ankündigungswesens stützt, die sich auch aus dem von den Kunden der Unternehmung trotz Krisenzeit statbewiesenen Vertrauen orsehen lässt.

.....

## Diamantene Hochzeit.

Am Samstag besuchte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführende Stadtrat Honay das Wiener Ehepaar Peter und Anna Silbernagel. Die Eheleute feierten an diesem Tag im engsten Familienkreis die diamantene Hochzeit. Der Jubilar steht im 90. Lebensjahr und ist ein bekannter Maurermeister, der durch 57 Jahre bei einer bekannten Wiener Baufirma beschäftigt war. Er arbeitete in seinem Berufe bis zu seinem 83. Lebensjahr. Seine Frau ist 79 Jahre alt. Die Eheleute erfreuen sich einer bewundernswerten Gesundheit. Der Ehe entsprossen 5 Kinder, von denen 3 leben. Die Feier fand in der Wohnung des Jubelpaares auf dem Neubau statt, in der die Eheleute nahezu ein halbes Jahrhundert wohnen. Stadtrat Honay richtete eine herzliche Ansprache an die Jubilare und überreichte ihnen in einer geschmackvoll ausgeführten Lederkassette die Ehrengabe von 100 Schilling und das in Goldrahmen gefasste Glückwunschdiplom.

.....